

5G-Dialog der Bundesregierung

Unter der Lupe: Die sieben zentralen Antworten der Bundesregierung auf Fragen zu Risiken von Mobilfunkstrahlung und 5G.

Wir drucken aus Platzgründen auszugsweise eine gekürzte Version mit vier der sieben Argumente, der ganze Artikel steht mit Quellenangaben auf unserer Homepage.



Bundeskanzleramt. Die Regierung mutiert zur Propagandazentrale der Mobilfunkindustrie.

Foto: Bundestagsregierung



Ob Stuttgart 21, Dannenröder Forst oder Mobilfunk: Mit welchen Methoden ist der Protest in den Griff zu bekommen? Darüber laufen die Diskussionen im Berliner Politikbetrieb.

Die Bundesregierung hat die Auseinandersetzung um den Ausbau der LTE- und 5G-Mobilfunk-Infrastruktur zur Chefsache gemacht. Sie reagiert auf die Kritik und den Widerstand. Anfang 2020 wurde das EMF-Kompetenzzentrum Cottbus des Bundesamtes für Strahlenschutz gegründet, v. a. um Entscheidungsträger in Kommunen zu beraten; für die BürgerInnen startete am 01.12.2020 die Dialoginitiative.

Das Ziel der Maßnahmen der Bundesregierung ist es, Argumente der Kritiker zu entkräften, um den Ausbau v. a. von 5G durchzusetzen. Die Sorgen, die sich die Bürger über 5G-Sendeanlagen machen, seien unbegründet. Von der Strahlung gehe kein Risiko aus, schon gar nicht ein Krebsrisiko:

- „Mobilfunkstrahlung und ihr Einfluss auf die menschliche Gesundheit sind ein immer wiederkehrender Grund für Diskussion und Spekulation. Die Einführung von 5G treibt diese Diskussion an. Einige Menschen haben die Sorge, dass die 5G-Mobilfunkfrequenzen das Krebsrisiko erhöhen könnten. Viele nationale und internationale Forschungseinrichtungen beschäftigen sich schon seit vielen Jahren intensiv mit dem Thema. Sie konnten jedoch keinen belastbaren Zusammenhang feststellen.“

Dieser entwarnende Tenor durchzieht alle Antworten der Bundesregierung. Entsprechen die Antworten der Bundesregierung und ihrer Ämter auf der Homepage des Dialogbüros den Tatsachen?

Die Studienlage. Bundesregierung: „Nach dem derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstand ist nicht von einer schädlichen Wirkung auszugehen.“

Im Kapitel „Internationale Studien auf einen Blick“ zieht die Bundesregierung den Schluss: „Wenn viele wissenschaftliche Untersuchungen keine Wirkung nachweisen konnten und die Mehrheit der mit der Bewertung befassten Fachleute sich darin einig sind, kommen wissenschaftliche Expertengremien zu der Einschätzung, dass die Bewertung gesichert ist: Nach dem derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstand ist nicht von einer schädlichen Wirkung auszugehen.“

Doch diese Entwarnung ist erstaunlich, denn kein Studienergebnis wird genannt, das sie wirklich stützt. Es wird auf das Deutsche Mobilfunkforschungsprogramm (DMF) von 2008 verwiesen, das allerdings zu den entscheidenden Fragen keine Antworten gab: nicht zur Öffnung der Blut-Hirn-Schranke, DNA-Schädigungen und Krebs, Langzeitwirkungen, Wirkungen auf Föten und Kinder. Selbst das technikaffine IT-Online-Portal Golem kommentierte 2008 die Ergebnisse mit der Überschrift „Deutsche Mobilfunkstudie: Kein Geld für kritische Forscher? Was Probleme mit Netzbetreibern bringt, wurde nicht berücksichtigt“ und zitierte den Epidemiologen Prof. Frentzel-Beyme (Uni Bremen): Beim DMF „wurden die Studien, deren Design und deren Projektleitungen erwarten ließen, dass keine bedenklichen Ergebnisse herauskommen würden, bevorzugt“.

GRÜNE kritisierten das Deutsche Mobilfunkforschungsprogramm

Im Fraktionsbeschluss vom 26. Mai 2009 nahmen die GRÜNEN zum Abschluss des DMF Stellung:

- „Auch das zuletzt in Deutschland groß angelegte Deutsche Mobilfunk Forschungsprogramm (DMF) konnte viele Fragen nicht abschließend klären ... Zu den ungeklärten dringlichen Fragen gehört die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche sowie Langzeitwirkungen bei Mobilfunknutzung von mehr als 10 Jahren. Unter diesem Gesichtspunkt können die Ergebnisse des Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms nicht als Entwarnung verstanden werden.“

Die Fraktion der GRÜNEN beantragte deshalb eine Weiterführung des DMF, weil es nichts geklärt habe. Eine weitere Klärung der Forschungslage wurde mehrheitlich im Bundestag von CDU/CSU und SPD abgelehnt! Es war nun für Kenner dieser Geschichte ein besonderes Schauspiel, als sich in der Dialogoffensive die Bundesminister Bär (CSU), Scheuer (CSU) und Schulze (SPD) auf eine geklärte Studienlage berufen, ihre Parteien aber bis heute diese Klärung verhindern. So musste im Jahr 2017 das EMF-Portal die Auswertung der Studienlage zu Mobilfunkstudien einstellen, weil die CDU/SPD-Bundesregierung die weitere Finanzierung verweigerte.

Bundesregierung unterschlägt Forschungsergebnisse

Der Zeitraum von 2008-2020, in dem entscheidende Studien publiziert wurden, wird vom Dialogbüro ausgeklammert! Es werden lediglich laufende, noch nicht abgeschlossene Studien genannt (COSMOS-Studie, MOBI-KIDS-Studie) und darüber hinaus bekanntgegeben, dass „10 systematische Reviews in Auftrag gegeben“ wurden. Man erweckt den Eindruck: wir tun viel für Ihre Sicherheit.

Keine Erwähnung finden die bereits vorliegenden Studienergebnisse, die gesundheitliche Risiken nachweisen, dokumentiert in mehr als 90 Reviews, und auch die Ergebnisse neuester Einzelstudien werden nicht erwähnt. Das sind z. B. die US-amerikanische NTP-, die italienischen Ramazzini- und die umfangreichen österreichischen AUVA-Studie, die nachweisen: Mobilfunkstrahlung kann Krebs auslösen. Den Versuchen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), diese Studienergebnisse als nicht aussagekräftig anzuzweifeln, wird von den beteiligten Wissenschaftlern vehement widersprochen. Die Beratergruppe BERENIS der Schweizer Regierung betont, dass die NTP- und Ramazzini-Studien eine Vorsorgepolitik begründen. Das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz stellt nach eigenen Studien fest: die Strahlung ist Krebs promovierend. Es gibt mehr als 130 Studien, die Schädigungen von Embryos und Spermien nachweisen. Mehr als 100 Studien liegen vor, die schädliche Auswirkungen von WLAN, u. a. auf den Schlaf, die Konzentration und das Lernen nachweisen. Nachgewiesen ist, dass bereits die ganz normale Alltagsnutzung von modernen Smartphones zu kognitiven Leistungsdefiziten führen kann.

Nach welchen Kriterien wurden hier vom Dialogbüro Mehrheit und Minderheit der Studienergebnisse festgelegt? Offensichtlich durch das Weglassen unangenehmer bzw. unerwünschter Ergebnisse. Ist das die Transparenz, die die Bundesregierung verspricht?

Möglicherweise Krebs erregend ? Das Gurkenargument - Verharmlosung mit Textbausteinen der Industrie

Natürlich fragen sich viele, es kann doch nicht so harmlos sein, wie die Bundesregierung beteuert, wenn die Strahlung von der IARC (International Agency for Research on Cancer) der WHO als möglicherweise krebserregend (Kat. 2B) eingestuft wurde. Ist es aber, schreibt die Bundesregierung, denn: „Außerdem sollte man wissen, bei dieser Einstufung handelt es sich um die gleiche Risikostufe wie beim Essen von rotem Fleisch oder beim Verzehr von sauer eingelegtem Gemüse. Das Trinken von sehr heißen Getränken ist sogar in eine höhere Stufe klassifiziert.“

Mit diesen Vergleichen, die von Kommunikationsprofis zur Verharmlosung der Klassifikation 2B ausgearbeitet wurden, manipuliert die Bundesregierung. Das „eingelegte Gemüse-und-Gurken-Argument“ ist Teil dieser manipulativen Verharmlosung. Es handelt sich nicht um Gemüse an sich, sondern um einen Fermentierungsprozess in asiatischen Ländern, bei dem krebserregende Substanzen entstehen. Da lediglich Studien aus Japan und Hawaii verwendet wurden, wo besondere Fermentierungsprozesse eine Rolle spielen, bei denen Krebs auslösende Giftstoffe entstehen können, lassen sich die Ergebnisse nicht auf „unsere“ Gurken übertragen. Es ist schon peinlich, dass sich die Bundesregierung diese längst als Manipulation entlarvte Argumentation zu eigen macht.

Die Verharmlosung der Eingruppierung der Mobilfunkstrahlung in Kategorie 2B hat die Österreichische Ärztekammer scharf zurückgewiesen: „Eine in letzter Zeit öfters verbreitete Interpretation, dass „pos-

sibly carcinogenic“ als „nicht wahrscheinlich oder unwahrscheinlich krebserregend“ bedeutet, ist falsch und kann als Täuschungsmanöver für Unwissende und Nichtsprachkundige bewertet werden.“ Prof. James Lin, ehem. ICNIRP-Mitglied (International Commission on Non-Ionizing Radiation Protection) und peer-review-Prüfer der NTP-Studie, fordert, dass die IARC die Einstufung des Krebspotenzials von Mobilfunkstrahlung verschärft, weil klare Evidenzen dafür vorliegen. Auch der Beirat der IARC fordert eine Überprüfung der Eingruppierung auf Grund neuer Studienergebnisse mit hoher Dringlichkeit.

Zeugt es von Transparenz, wenn diese Standpunkte führender Experten in der Debatte von der Bundesregierung unterschlagen werden?

Ist 5G ein Feldversuch? Keine Technikfolgenabschätzung - aber trotzdem sicher?

Prof. Achim Enders, Mitglied der Strahlenschutzkommission, verneint dies auf der Homepage www.deutschland-spricht-ueber-5g.de: „Von einem Feldversuch kann keine Rede sein. Es gibt so viele wissenschaftliche Untersuchungen – der Vorwurf eines Feldversuchs ist da einfach nicht haltbar.“

Dass 5G ein Feldversuch ist, davor warnen u. a. zwei Untersuchungen für die EU und der Vorsitzende des Technikfolgenausschusses des Bundestages, Prof. Armin Grunwald. Prof. Enders versucht das zu widerlegen:

„5G ist im Wesentlichen ein neues Softwaresystem. Der neue Name sagt zunächst nichts über die Funkfrequenz aus.“ Das ist so richtig und erhellend wie die Aussage, Wasser ist nass, denn entscheidend ist, welche Strahlungsart diese Software initiiert. Enders weiter: „Für den 5G-Mobilfunk wird zum Beispiel auch das 700-Megahertz-Band benutzt, über das früher Fernsehen ausgestrahlt wurde. Wir verwenden für 5G also Funkfrequenzen bis 3,5 Gi-



Smart City, 5G-verbunden. Der gläserne Bürger liefert die Daten für Werbung und Überwachung. Eine „Smarte Diktatur“ nennt dies der Soziologe Harald Welzer.

gahertz, die schon seit Jahren genutzt werden. Insofern verstehe ich die Aufregung nicht.“ Das ist irreführend, denn

1. die Fernsehfrequenzen bei 700 MHz haben eine andere Charakteristik wie der 700-MHz-Mobilfunk. Auch zur 700-MHz-Frequenz liegen Studien vor, die nicht-thermische (!) Effekte in Abhängigkeit von der Frequenz zeigen (Pirogova (2008), Tattersall (2001).
2. es liegen auch zu den Fernsehfrequenzen Studien vor, die Gesundheitsrisiken nachweisen, v. a. in Sendernähe,
3. wir haben gerade für die Strahlung zwischen 400 MHz und 2.450 MHz (GSM, UMTS, LTE und WLAN) eine umfangreiche Studienlage, die Risiken nachweist.

Und vollends eine Halbwahrheit ist Enders' Aussage: „Auch die höheren Frequenzen, die wohl in einigen Jahren für 5G erschlossen werden, sind uns nicht unbekannt. Moderne Autos verwenden für ihr Abstandsradar schon länger diese höheren Frequenzbereiche.“ Sie sind nach unserem Kenntnisstand aber nicht auf nicht-thermische Wirkungen untersucht!

Nachhaltigkeit und Klimaschutz durch 5G ?

Bundesumweltministerin Svenja Schulze sagte beim Dialogauftakt: „5G ist eine Chance für Umwelt- und Klimaschutz!“ Ihr Beispiel: „Videostreaming über 5G ist nämlich deutlich klimaschonender als über 4G oder über 3G“, weil es weniger Energie und damit auch weniger CO2 verbrauche.

Das ist eine weitere typische Halbwahrheit. Tatsächlich könnte die Digitalisierung für nachhaltiges Wirtschaften eingesetzt werden. Aber nicht, wenn sie als Geschäftsmodell der Industrie umgesetzt wird. Doch dieses Geschäftsmodell fördert die Bundesregierung bedingungslos. Die Digitalisierung als Profit- und Wachstumsmaschine wird den Ressourcen- und Energieverbrauch explodieren lassen. Eine Ursache: Der Rebound-Effekt. Milliarden neuer Geräte des Internets der Dinge, von Smartphones und autonomer Fahrzeuge machen das Einsparpotenzial zunichte. Das hat bereits verheerende Auswirkungen in den Ländern, aus denen die Rohstoffe kommen. Dass die Digitalisierung ein Brandbeschleuniger der Umweltkatastrophen ist, ist

das Ergebnis seriöser Untersuchungen u. a. des WBGU (Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung) – der Frau Schulze direkt berät(!) – und der Bosch-Stiftung. Der Forschungsbericht zur Digitalisierung der Bosch-Stiftung warnt:

- „Wenn diese Gesellschaft scheitert, dann scheitert sie global und deswegen womöglich auch total. Mit der Digitalisierung bekommt dieses Problem den drängenden Charakter eines Flächenbrandes.“

Fazit: Mit der Dialoginitiative trägt die Bundesregierung unfreiwillig zur Klärung ihrer Rolle bei: Die Industrie kann sich auf sie verlassen. Dafür ist sie aber nicht gewählt. Denn die Zeche zahlen die Umwelt und die Bevölkerung mit ihrer Gesundheit.

Artikel mit Quellenangaben und Hyperlinks:

<https://www.diagnose-funk.org/1649>, Artikel vom 02.01.2021

Jörn Gutbier / Peter Hensinger: Fortschritt 5G? Mythen für den Profit.

Smart City, Smart Country, Breitband und 5G – die Folgen für Demokratie, Mensch und Umwelt



Diese Broschüre analysiert im Hauptartikel anhand neuestem Material die Ziele des 5G-Ausbaus und seine Folgen, v.a. auch für die Umwelt. Ein zweiter Artikel beschreibt die Taktiken der Bundesregierung, den Widerstand, der sich trotz der Corona-Krise landesweit entwickelt, in den Griff zu bekommen. Und schließlich stellen die Autoren den aktuellen Stand der Forschung zu den gesundheitlichen Risiken der Mobilfunkstrahlung und 5G dar. Mit 175 Fußnoten / Quellen sind alle Darstellungen ausführlich dokumentiert.

92 Seiten, Preis 6,00 Euro. Bestellung über den diagnose-funk Versand